



„Alle haben darauf hingewiesen, dass das zurzeit bei der geringen Durchimpfung der Bevölkerung gar nicht das Thema ist. Aber man muss sich ja vorbereiten.“

Die deutsche Kanzlerin Angela Merkel bremst vor zu viel Optimismus bei der Einführung eines Impfpasses

„Wir wollen möglichst schnell wieder zurück zur Normalität, unser altes Leben wiederhaben und ein Maximum an Freiheit.“

Bundeskanzler Sebastian Kurz am Freitag auf Twitter

BLICK NACH BAYERN

Kurze Wege bringen oft Vorteile

EU: Das Beispiel Corona zeigt Grenzen auf



von Florian Stumfall

Die Grenzen des Freistaates Bayern nach Tirol und die Tschechische Republik sind zugemacht; das heißt, ganz zugemacht sind sie nicht, aber es wird kontrolliert. Corona natürlich. Da es aber das Schengener Abkommen gibt, den freien Reiseverkehr betreffend, rümpft man in Brüssel die Nase und tadelt die Maßnahme als vertragswidrig.

In München dagegen vertritt man in einer Zeit, da schnelles Handeln gefordert wird, die Meinung, man könne ein unmittelbar greifbares Problem nicht liegen lassen, weil kein Befehl von oben da ist. So verzeichnen Stadt und Landkreis Tirschenreuth die höchsten Fallzahlen bayernweit, und Tirschenreuth liegt an der tschechischen Grenze. Doch dieser Umstand, so fürchtet man in München, ist vielleicht in Brüssel nicht bekannt.

Deutlicher noch wird das Problem, wenn man den Fortgang der europäischen Impfkampagne anschaut. Es gibt sie nämlich nicht. In Deutschland hat die Kanzlerin erklärt, man werde diesbezüglich auf eine europäische Lösung warten.

Viktor Orban etwa, Ungarns Ministerpräsident, in Brüssel nicht sehr beliebt, wartete nicht, sondern kaufte in Russland das Serum und ließ die Bevölkerung impfen. Das Problem ist dort so gut wie vom Tisch. Auch in Großbritannien, dem ehemaligen EU-Partner, machen die Impfungen große Fortschritte, unbegrenzt durch Maßregeln, die von fern ersonnen und erlassen werden. Selbst das kleine Israel macht



Grenzkontrolle in Bayern APA

vor, wie es geht. Das Land liegt, was das Impfen angeht, an der Weltspitze.

Demgegenüber steht die Überzeugung der EU, dass große Probleme nur länderübergreifend gelöst werden können. Das ist einer der Grundgedanken der Gemeinschaft und die Rechtfertigung dafür, dass man von den Mitgliedsstaaten Hoheitsrechte für sich beansprucht. Wenn also in einer Lage, wo es drauf ankommt, entschieden und schnell zu handeln, offenkundig diejenigen im Vorteil sind, die entweder dem Brüsseler Anspruch nicht unterliegen oder aber sich auf eigene Rechnung davon freimachen, dann führt das auf den Höhen der EU zu Missmut.

Was sich am aktuellen medizinischen Beispiel darstellt, ist Ausdruck einer grundsätzlichen Entscheidung, die zwischen der Subsidiarität, dem Prinzip der gestaffelten Zuständigkeit und dem Zentralismus. Eine Befehlsstelle, die möglichst alle Zuständigkeiten an sich zieht, gerät früher oder später in Gefahr, das eigene System zu überdehnen. Dann kann man nur noch zu dem alten Sprichwort Zuflucht nehmen: Weniger wäre mehr gewesen.

© Alle Rechte vorbehalten

Der Corona-Impfpass kommt

FRAGEN & ANTWORTEN: Freifahrtschein in die Ferien – Aber kommt er schnell genug?

BRÜSSEL (dpa). Einfach ein Ticket in die Sonne buchen und ab in den Urlaub: Nach dem deprimierenden Corona-Winter ist die Sehnsucht groß. Ein europäischer Impfpass könnte das Reisen leichter machen und auch den gebeutelten Urlaubsländern Europas wirtschaftlich wieder auf die Beine helfen – so hoffen es die Befürworter.

Beim EU-Gipfel setzten sie sich jetzt zumindest teilweise durch. Doch die Hürden bleiben hoch, politisch und technisch. Ein Freifahrtschein in Ferien ohne Tests und Quarantäne ist noch nicht in Sicht.

Was wurde beim EU-Gipfel vereinbart?

Der Beschluss ist dürr: „Wir rufen dazu auf, dass die Arbeit an einem gemeinsamen Ansatz für Impfsertifikate weiter geht und werden uns damit wieder befassen“, heißt es in der Gipfelerklärung. Offiziell ist das kaum mehr als der Grundsatzbeschluss vom Dezember, dass man so einen Impfpass will. Der politische Druck von Urlaubsländern wie Österreich, Griechenland, Zypern und Spanien war aber so groß, dass nun zumindest ein Zeitrahmen genannt wird: 3 Monate sollen die technischen Vorbereitungen dauern, also etwa bis Ende Mai. Technisch wäre man damit vor der Sommersaison startklar.

Wie könnte der Impfpass aussehen?

Das könnte in jedem EU-Staat etwas unterschiedlich sein – ob auf Papier oder elektronisch. Das Europäische am Impfnachweis: Die nationalen Lösungen sollen von vorneherein kompatibel aufgesetzt und verknüpft werden, so dass sie überall in der EU einfach und personenbezogen ausge-



Bundeskanzler Sebastian Kurz bei der EU-Online-Konferenz.

BUNDESKANZLERAMT/DRAGAN TATIC/DRAGAN TATIC

sen werden können. Denkbar ist etwa ein personalisierter QR-Code wie bei einem Bahnticket, den man sowohl auf Papier als auch auf dem Smartphone bei sich tragen könnte.

Was kann man mit dem Impfpass anfangen?

Das ist die eigentlich heikle Frage, die auch beim EU-Gipfel offen blieb. Der österreichische Kanzler Sebastian Kurz und andere wollen ganz klar eine Verknüpfung mit Vorteilen für Corona-Geimpfte: einfacheres Reisen, aber auch Zugang zu Restaurants oder Theatern. „Wir wollen möglichst schnell wieder zurück zur Normalität, unser altes Leben wiederhaben und ein Maximum

an Freiheit“, schrieb Kurz auf Twitter. In dem elektronischen Nachweis könnten nach seiner Auffassung auch eine Immunisierung durch Covid oder negative Tests vermerkt sein und ebenfalls als Türöffner wirken. Deutschland und andere zögern. Bundeskanzlerin Angela Merkel sagte, es sei nicht so, dass künftig nur reisen dürfe, wer einen Impfpass habe. „Darüber sind überhaupt noch keine politischen Entscheidungen getroffen.“

Warum bremst Deutschland?

3 wichtige Argumente: Erstens sei unklar, ob man trotz Impfung das Coronavirus weitergeben könne – hierzu verwies EU-Kommissionschefin Ursula von der

Leyen beim Gipfel jedoch auf vielversprechende Daten aus Israel, wonach zumindest der Biontech/Pfizer-Impfstoff wohl vor Übertragungen durch zweimal Geimpfte schützen könnte. Zweiter Einwand: Nur eine kleine Minderheit in der EU hat bisher die Chance auf die Spritze, da wären Vorteile unfair. Und zum dritten: Hätten nur Geimpfte Vorteile, könnte d,„Alle haben heute darauf hingewiesen, dass das zurzeit bei der geringen Durchimpfung der Bevölkerung gar nicht das Thema ist. Aber man muss sich ja vorbereiten.“as eine Impfpflicht durch die Hintertür bedeuten, dabei hat man doch Freiwilligkeit zugesichert. Das Gegenargument lautet, die Aussicht auf Bewegungsfreiheit könnte Skepsis überwinden helfen.

Wird der EU-Impfpass den Weg in die großen Ferien ebnen?

Das ist nicht ausgeschlossen. Selbst wenn Deutschland sich gegen Vorteile für Geimpfte im eigenen Land wenden sollte, könnte zum Beispiel Griechenland entscheiden, Menschen mit Corona-Impfpass die Quarantäne zu erlassen. „Letztlich liegt die Entscheidung bei jedem Land“, sagt von der Leyen. 2 Hürden sind aber vorher zu nehmen: Die technische Vorbereitung binnen 3 Monaten wäre für EU-Verhältnisse sehr fix – zähe Projekte wie das gemeinsame Formular zur Nachverfolgung von Reisebewegungen oder die Verknüpfung von Tracing-Apps lassen nichts Gutes ahnen. Und dann die Zahl potenzieller Nutzer: Erst nach Massenimpfungen wäre der Ausweis überhaupt relevant.

© Alle Rechte vorbehalten

Ein Interview mit dem Südtiroler EU-Parlamentarier Herbert Dorfmann zum Thema Impfpass lesen Sie auf S. 20.



EUROPA-SPLITTER

Die leise Bedrohung

KLIMAWANDEL: Im Schatten der lauten Corona-Krise stellt die EU ihre Strategie gegen den Klimakollaps vor

Täglich starren wir auf Infektionsszahlen. Die steigenden Zahlen der Klimakrise – ob finanzielle Schäden durch Dürre oder Unwetter oder Prozentsätze der Vergiftung von Land, Wasser und Luft – sind in den Hintergrund getreten. Es hat sich diesbezüglich sogar ein gewisses Gefühl der Entspannung breitgemacht.

Würde nicht der Himmel über den Dolomiten fast flugzeugfrei und das Wasser in Venedig fast sauber? Doch die massive Stilllegung unserer Gesellschaft durch Lockdowns ist kein taugliches Mittel zur Bekämpfung des Klimawandels. Sie wäre für sich genommen auch nicht einmal ausreichend um die Klimaziele zu erreichen.

Diese Ziele, die sich die EU zur Rettung vor der sich anschleichenden Klimakatastrophe gesetzt hat, gründen auf dem internationalen Klimaabkommen – jenem Pariser Vertrag, dem die USA nun wieder beigetreten sind. Es sieht vor, die globale Erwärmung deutlich un-



Klimawandel ist fast völlig von Menschen verursacht.

APA/dpa

ter 2° C zu halten und bis 2050 Klimaneutralität zu erreichen. Also einen Zustand, in dem sich Kohlenstoffemissionen (Abgase usw.) und Aufnahme von Kohlenstoff durch Wälder, Böden und Ozeane die Waage halten. Um dies zu erreichen, sind sehr große Anstrengungen nötig. Seitens Politik, Wirtschaft und vor allem uns allen als Konsumenten und Alltagsgestaltern.

Die Einsicht dazu ist da. In einer Eurobarometer-Umfrage aus dem Jahre 2019 sagten 84 Prozent der Italiener, dass der Kli-

mawandel ein sehr ernstes Problem sei. Einer von 5 Befragten hielt den Klimawandel gar für das weltweit größte Problem. Ende 2019 hat das Europäische Parlament den Klimanotstand erklärt. Die Staats- und Regierungschefs sprechen unisono von einer „Existenzbedrohung“. Es ist anerkannt, dass die Kosten des Klimawandels zunehmen. Klimabedingte Wetterextreme verursachen bereits jährlich alleine in der EU Verluste von 12 Milliarden Euro. Doch die Bedrohung ist nicht nur finanziel-

ler Art: Die Hitzewelle 2019 forderte 2500 Todesopfer.

Vor diesem Hintergrund hat die EU-Kommission diese Woche ihre Strategie zur Anpassung an den Klimawandel vorgestellt. Es ist ein Paket an Koordinierungsmaßnahmen, um zu versuchen, dass die Bekämpfung des Klimawandels überall mitgedacht wird. Ziel ist es, die Anpassung intelligenter, schneller und systematischer zu gestalten, indem das Wissen über die Folgen des Klimawandels massiv ausgebaut wird. Der Internet-

plattform <https://climateadapt.eea.europa.eu/> soll eine zentrale Datenschaltstelle werden. Dort finden sich bereits jetzt eine Unmenge an Planungsdokumenten wie etwa der Anpassungsplan Italiens, der für Südtirol erhebliche Rückgänge im Wintertourismus projiziert. Tatsächlich werden die Anpassungen an den Klimawandel zu schmerzhaften gesellschaftlichen Verschiebungen führen. Diese will die EU versuchen mit Finanzmitteln abzufedern.

5 FRAGEN AN ...

... Gabriel N. Toggenburg*



Toggenburg: Bislang ist es gelungen, die Ziele einzuhalten. 2019 gingen die Treibhausgasemissionen um fast 4 Prozent zurück, man war schneller als erwartet. Ob allerdings insgesamt die als ambitioniert wahrgenommenen neuen Klimaziele genug sind, um den Klimawandel effektiv zu bekämpfen – da gehen die Expertenmeinungen auseinander.

„D“: Wer sind die Gewinner, wer die Verlierer?

Toggenburg: Länder im Norden, die bereits ihre Energiehaushalte deutlich umgestellt haben, haben es leichter als jene Länder im Osten, die noch auf Kohle bauen. Der Fonds für den gerechten Übergang soll hier helfen.

„D“: Was kann damit finanziert werden?

Toggenburg: Etwa die Dekarbonisierung des Nahverkehrs oder Umschulungen von Arbeitern, die wegen der Umstellung ihren Job verlieren.

*Honorarprofessor für EU-Recht und Menschenrechtsschutz an der Universität Graz

„Dolomiten“: Warum eine neue Klimastrategie der EU?

Gabriel N. Toggenburg: Die alte Klimastrategie der EU stammt aus dem Jahr 2013. Die Ziele wurden seither viel ambitionierter. Im Dezember haben sich die Staats- und Regierungschefs darauf geeinigt, bis 2030 die Treibhausgasemissionen um 55 Prozent im Vergleich zu 1990 zu reduzieren.

„D“: Sind das Sonntagsreden oder Rechtspflichten?

Toggenburg: Eine solche Einigung ist an sich noch kein verbindlicher Rechtsakt. Auch die Strategie ist so genanntes soft law. Aber die Kommission hat die Ziele in ein EU-Klimagesetz gegossen, und dieses wird nach Annahme die Mitgliedstaaten rechtlich binden.

„D“: Wie realistisch sind die Klimaziele?